

## Zeise - Der Geburtsfehler der EU

**Die Wirtschaftskrise offenbart, dass es ein verheerender Irrtum war, als höchstes Ziel den freien Kapitalverkehr anzustreben. Nun müssen vor allem zwei Länder die Fehler ausbaden: Island und Griechenland.** von *Lucas Zeise*

Island und Griechenland zeigen, dass an der EU- und Euro-Konstruktion etwas nicht stimmt. In beiden Fällen hat die Finanzkrise diese Unstimmigkeiten aufgedeckt. Sie haben etwas damit zu tun, dass die Europäische Union an der Fiktion entlanggebaut wurde, die Märkte würden, wenn man sie wirken lasse, zum größtmöglichen Wohl der Menschen und zu effizientem Umgang mit menschlichen und natürlichen Ressourcen führen.

Die EU hat daher, indem sie kräftig deregulierte, einen hübschen, großen, freien Markt geschaffen. Wo Regeln verschiedener Länder und Traditionen aufeinanderprallten, gestand sie den Mitgliedstaaten Spielräume zu, laxer zu regeln. Hier ist der Begriff vom kleinsten gemeinsamen Nenner angebracht. Als oberster Rechtsgrundsatz galt und gilt nach wie vor die Freiheit des Kapitalverkehrs. Sie schließt die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen und Finanzdienstleister ein. Aus ihr erwuchs das Drama mit den isländischen Banken.

Hier noch einmal kurz die Geschichte: Island ist als ehemaliges Land der Efta-Zone in die Freizügigkeitsregeln der EU voll einbezogen. Die spekulationsstrunkenen Bankmanager des kleinen Landes machten sich, ermuntert von ihrer konservativ-neoliberalen Regierung, daran, die EU-Rechte in ganzer Schönheit wahrzunehmen. In Deutschland, Großbritannien und anderswo boten ihre Niederlassungen den Sparern attraktive Lockzinsen für täglich fällige Einlagen an. Die Banken verzichteten darauf, sich an den Einlagensicherungsfonds der Gastländer zu beteiligen. Das sparte Geld und musste dank EU-Recht auch nicht sein.

### Keine Regeln, keine Aufpasser

Ein schöner Zustand: Die Kunden stellten den Isländern auch ohne die Absicherung das Geld zur Verfügung. Manche dürften geahnt haben, dass ihre Bank etwas unsolider als die heimische Sparkasse war. Aber Bank ist Bank. Die Regierungen taten nichts, um die Bürger von der Fehlinvestition abzuhalten. Sie durften das nicht, sonst hätten sie eine Klage der EU-Kommission am Hals gehabt.

Die Finanzkrise beendete im Herbst 2008 die Existenz der isländischen Zockerbanken. Die isländische Wirtschaft und Währung kollabierten. Die Regierung stürzte. Die Reste der Banken wurden verstaatlicht.

Der einigermaßen klugen deutschen Regierung gelang es, die Entschädigung der deutschen Einleger bei der in Deutschland tätigen Kaupthing Bank zu erreichen. Anders die Lage in Großbritannien und den Niederlanden. Die dortigen Regierungen entschädigten selbst und versuchten, die ausgezahlten etwa 3,7 Mrd. Euro von Island zurückzuholen. Da Islands neue Regierung Beistand von der EU erhoffte und Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellte, handelte sie entsprechende Verträge mit lang gestreckten Zahlungsverpflichtungen aus. Das zugehörige Gesetz wurde im Parlament verabschiedet. Die Isländer selbst aber waren damit nicht einverstanden. Immerhin entsprach die zu zahlende Summe etwa 40 Prozent von Islands Bruttoinlandsprodukt. Kurz nach Neujahr weigerte sich Präsident Olafur Ragnar Grimsson, das Gesetz zu unterschreiben, und setzte eine Volksabstimmung darüber für den 20. Februar an.

### Mehr zum Thema

**Griechische Tragödie** EU-Kommission stellt Athen unter Aufsicht

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:griechische-tragoedie-eu-kommission-stellt-athen-unter-aufsicht/50068492.html>)

**Hysterie wegen Staatspleite** Zu viel Ouzo gekippt

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/:hysterie-wegen-staatspleite-zu-viel-ouzo-gekippt/50068468.html>)

**Kolumne Theyssen - Ignoriert Griechenland!**

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:kolumne-theyssen-ignoriert-griechenland/50068118.html>)

Inzwischen stellt sich heraus, dass der isländische Präsident nicht nur die Interessen seines Volks klug vertreten, sondern auch der EU einen Dienst erwiesen hat. Einigen Regierungen dämmert, dass das Prinzip, die Banken im Heimatland zu regulieren, im Gastland aber gewähren zu lassen, zu erheblichen Schäden führen kann. Zum Schutz der umworbenen Anleger haben sich EU-Kommission und Regierungen immer wieder neue Regelchen einfallen lassen. Das einfache Prinzip, nur einigermaßen solide Banken auf die Anleger loszulassen, wurde dagegen souverän missachtet.

Der Fall Griechenland liegt anders. Ähnlich ist allerdings, dass ein Land für Fehler einstehen soll, die ganz wesentlich in der Konstruktion der Maastricht-Verträge und der gemeinsamen Währung angelegt sind. Das soll nicht heißen, dass die griechischen Regierungen jederzeit und immer klug und richtig gehandelt haben. Doch statistische Daten der Volkswirtschaft werden auch anderswo manipuliert. Man denke nur an die Daten aus den USA und an die Minimierung der Arbeitslosenzahl in Deutschland.

Den entscheidenden Punkt haben Heiner Flassbeck und Friederike Spieker in einem Beitrag für die FTD herausgearbeitet: Schädlich für den Zusammenhalt des Währungsgebiets war weniger die laxe Haltung Griechenlands als die rigorose Politik in Deutschland. Hier wurde über ein Jahrzehnt lang Lohndumping betrieben, was die Konkurrenz der anderen Euro-Länder an die Wand drückte und für hohe Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz der Euro-Zone sorgte.

### **Trümpfe bei den Griechen**

Der Maastricht-Vertrag erwähnt solche Sünden allerdings nicht. Einseitig fixiert sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt auf die einzige Todsünde, die Regierungen begehen können: zu hohe Defizite und Schulden.

Angenehm paradox war es immerhin, dass schon in der letzten Rezession der deutsche Staat zu den schlimmsten Sündern wider den Pakt zählte, worauf das Konstrukt etwas milder formuliert wurde. Das nächste Paradoxon bahnt sich an. Die deutsche Regierung wird zu denen zählen, die an erster Stelle und am meisten Geld für einen Notkredit bezahlen werden. Denn das gemeinsame Währungsgebiet ist für deutsche Unternehmen mittlerweile der eigentliche Heimatmarkt, auf dem nicht mehr mit plötzlichen Preis- und Währungsschwankungen zu rechnen ist. Nun, da dieser Markt gewonnen ist, darf er nicht aufgegeben werden.

Die Griechen haben dagegen, ähnlich wie der isländische Präsident, ein paar Trümpfe in der Hand. Zu strenge Auflagen oder gar ein aus Berlin und Brüssel ferngesteuerter Sparkommissar sind auch anderen Defizitländern in der Euro-Zone kein angenehmer Gedanke. Sie werden solche Beschlüsse zu verhindern wissen.

Noch halten wichtige Interessen Euroland und die EU zusammen. Die andauernde Wirtschaftskrise legt aber ihre Schwächen offen.

**Lucas Zeise** ist Finanzkolumnist der FTD.

---

01.02.2010

© 2010 Financial Times Deutschland

---